

«Das derzeitige Angebot ist ausgewogen»

Der Kanton ist daran, ein Gesamtkonzept zum Rheinflall zu erarbeiten. Wie zwei aktuelle Vorstösse zeigen, steht die Kultur besonders im Fokus. Der Regierungsrat bezieht dazu in seiner Antwort Stellung.

Regula Lienin

NEUHAUSEN. Der Rheinflall ist längst nicht mehr nur ein imposantes Naturspektakel. Er ist genauso Identifikationsmerkmal und Tourismusmagnet. Wie er und seine Umgebung genutzt werden sollen, sorgt immer wieder für Diskussionen. Die involvierten Akteure sind zahlreich, angefangen bei den Standortgemeinden auf beiden Seiten des Rheins bis zu den beiden Kantonen (siehe Kasten). Aktuell ist der Kanton Schaffhausen daran, ein Gesamtkonzept zum Rheinflallgebiet zu erstellen. Es soll dem Kantonsrat noch dieses Jahr unterbreitet werden. Abseits davon dreht sich die Debatte derzeit insbesondere um Kunst und Kommerz. Wie viel von beidem soll es sein am Rhein?

«Das Rheinflallgebiet diene und diene Kunstschaffenden seit vielen Jahren als wertvolle Plattform beziehungsweise Bühne», heisst es in der Antwort des Regierungsrats auf eine Kleine Anfrage von Franziska Brenn (SP, Neuhausen). Daneben seien auch günstige Rahmenbedingungen für den Tourismus zu schaffen oder zu erhalten. Der Regierungsrat spricht von «einer guten Balance» für alle Anspruchsgruppen. Und: Er erachte das derzeitige Angebot als ausgewogen.

Gute Lösung für alle

Brenn reichte ihren Vorstoss mit dem Titel «Auswirkungen fehlendes Konzept Rheinflallgebiet» vor dem Hintergrund der Nutzung des Mühleradhauses ein. Seit 13 Jahren wird dieses von der Galerie Reinart genutzt. Im Frühsommer wurde bekannt, dass deren Betreiber die Kündigung erhalten haben und die Liegenschaft saniert werden soll. Brenn wollte nun in ihrem Vorstoss wissen, ob der Regierungsrat bereit sei, darauf hinzuwirken, dass die Galerie bleiben kann, bis das Konzept Rheinflall steht und klar ist, was im historischen Gebäude geplant ist.

Wie der Antwort zu entnehmen ist, fehlt der Regierung die dazu nötige Kompetenz. Der Grund: Die Vermietung der Liegenschaft «Huus Mühlirod» wurde vor Jahren vom Kanton Schaffhausen an die Rheinflall Betriebs AG übertragen. Diese sei grundsätzlich frei zu entscheiden, wie sie die Liegenschaft zu nutzen gedenke, sofern sich diese Nutzung mit der Ausrichtung am Rheinflall vereinbaren lässt, heisst es in der Antwort. Mit anderen Worten: Dem Regierungsrat fehlt die rechtliche Grundlage, über den Verbleib der Galerie aktiv mitbestimmen zu können. Wie er weiter schreibt, sei der Kanton daran interessiert, dass für alle Parteien eine gute Lösung gefunden



werde. «Das zuständige Baudepartement steht in Kontakt mit der Rheinflall Betriebs AG.»

Öffentlich einsehbar

Ein weitere Kleine Anfrage – sie stammt von Roland Müller (Grüne, Neuhausen) – widmet sich der Frage «Was ist los in der Rhyality Immersive Art Hall?». Müller begründete seinen Vorstoss mit urheberrechtlichen, organisatorischen und finanziellen Konflikten, die es innerhalb der Projektorganisation gebe. Um es kurz zu machen: Vor zwei Jahren feierte das Projekt Rhyality mit dem Film «Der Rheinflall in vier Jahreszeiten» Premiere. Es basierte auf einer Idee des Schaffhauser Künstlers Beat Toniolo, finanziell beteiligte sich der Schaffhauser Transportunternehmer Hanspeter Weder. Doch der Start auf dem SIG-Areal war holprig: Wegen technischer Probleme konnte der Film nicht seine beabsichtigte Wirkung entfalten. Es kam zum Zwist zwischen Toniolo und Weder (die SN berichteten); es geht unter anderem um Zahlungen, die ausstehend sein sollen, und um die künftige Bespielung der Immersive Hall.

Dass das privatwirtschaftliche Projekt – die Rhyality Immersive Art Hall ist eine

Die Rhyality Immersive Art Hall wurden 2020 in Betrieb genommen. BILD MELANIE DUCHENE

AG – nun Gegenstand der Politik ist, hat mit dem finanziellen Engagement des Kantons zu tun. Dieser beteiligte sich wie der Bund mit 150 000 Franken am Projekt.

In diesem Zusammenhang wollte Müller in seiner Anfrage wissen, ob dafür eine Leistungsvereinbarung erstellt worden sei. Eine Frage, die der Regierungsrat in seiner

Antwort bejaht. Er verweist auf das Gesetz zur Förderung der Regional- und Standortentwicklung im Kanton Schaffhausen. Die entsprechende Vereinbarung ist öffentlich einsehbar.

Nicht explizit Teil der Regelung

Gegenstand der Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton und der Rhyality AG sind der Aufbau und Betrieb einer touristischen Attraktion der audio-visuellen/immersiven Technologie, der Aufbau und Betrieb einer innovativen Veranstaltungsinfrastruktur, die koordinierte Angebotsbereitstellung im touristischen Gesamtangebot um den Rheinflall und die koordinierte Vermarktung und Bekanntmachung des Angebots und des Tourismusstandorts Schaffhausen.

Der Film «Der Rheinflall in vier Jahreszeiten» sei explizit nicht Gegenstand der Leistungsvereinbarung, schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Anfrage von Roland Müller. Ein Blick in die Vereinbarung zeigt jedoch, dass der Film als Grundidee und Darbietung darin erwähnt ist.

Wie es in der Antwort weiter heisst, werden bei der Regional- und Standortentwicklung die Förderbeiträge «erst nach vollständiger Erfüllung vorgängig definierter Leistungen» ausbezahlt. Dies sei auch bei der Rhyality Immersive Art Hall der Fall. Ein Teil der Fragen – wer etwa die vollständige Verantwortung für die technischen Belange habe – bleibt unbeantwortet. «Roland Müller spricht das zivilrechtliche Verhältnis der Rhyality Immersive Art Hall zu Dritten an», schreibt der Regierungsrat. Dieses sei nicht durch die Politik, sondern durch die betroffenen Parteien oder die Zivilgerichte zu klären.

Zusammensetzung der IG Rheinflall

2013 wurden zwischen den Kantonen Schaffhausen und Zürich die Rahmenvereinbarung Interessengemeinschaft (IG) Rheinflall abgeschlossen. Aufgabe der IG ist es, das Gebiet rund um den Rheinflall für Einheimische und Touristen aufzuwerten und in der Öffentlichkeit darzustellen. Sie arbeitet mit touristischen Partnern und Leistungsträgern zusammen. Die Beteiligungsverhältnisse lehnen sich an die Besucherzahlen der jeweiligen Rheinflallseite an: Der Kanton Schaffhausen ist mit 60 Prozent und der Kanton Zürich mit 40 Prozent da-

ran beteiligt. Franziska Brenn (SP, Neuhausen) erkundigte sich in Anfragen nach der aktuellen personellen Zusammensetzung – und nach einer möglichen zusätzlichen Vertretung der Fachrichtung Kultur.

Dem leitenden Ausschuss gehören die Regierungsräte Martin Kesser (FDP) und Martin Neukomm (SP) an. Der Steuergruppe, die auf operativer Ebene die gemeinschaftlichen Aufgaben koordiniert, gehören je zwei Vertreter der beiden Kantone an. Für die Schaffhauser Seite seien dies Bau-

sekretär Patrick Spahn und Sandra Egger, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Wirtschaftsamts. Auf Zürcher Seite der Portfoliomanager des Immobilienamts und der Leiter des Amtes für Wirtschaft. Die Steuergruppe wird beratend unterstützt von Vertretern von Schaffhauser Tourismus und vom House of Winterthur. Aus Sicht des Schaffhauser Regierungsrats ist die aktuelle Zusammensetzung der IG ausgewogen. Kulturfragen würden insbesondere von der Steuergruppe behandelt. (rl)

Initiative «Keine Krankenkasse für Kinder» erhält breite Unterstützung

Bürgerliche und linke Parteien machen sich dafür stark, dass die Krankenkassenprämien für Kinder übernommen werden. Hauptargumente sind die Entlastung des Mittelstands und die Standortförderung.

SCHAFFHAUSEN. Es gibt sie selten, aber es gibt sie: auf den ersten Blick ungewöhnliche Allianzen in der Politik. Eine solche präsentierte am Dienstag unter Federführung des Gewerkschaftsbundes (GGB) Schaffhausen ihre Beweggründe, der Initiative «Keine Krankenkasse für Kinder» zuzustimmen. Anwesend waren neben Gewerkschafter Matthias Frick Vertreter von Die Mitte, GLP, SP und FDP. Er freute sich, dass die bürgerliche Abwehrhaltung gegenüber ihrem Anliegen habe abgebaut werden können, sagte Frick und sprach weiter von einem «Service Public» im Zusammenhang mit der Initiative. Diese hat in den letzten Monaten an Zustimmung ge-

wonnen. Der Kantonsrat lehnte sie im Mai noch mit 33 zu 21 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab. Seitdem wurden vormalige Gegner der Vorlage zu Befürwortern. Darunter auch Kantonsrat Christian Heydecker (FDP, Schaffhausen). Er habe nach einer eingehenden Auseinandersetzung mit der Vorlage eine Neubeurteilung vornehmen müssen, sagt er bei der Präsentation. Sein Fazit: «Es werden ohne Streuverlust Eltern entlastet.» Profitieren würden bei einer Annahme alle, unabhängig von ihrem Einkommen. Also auch gut bis sehr gut verdienende Mütter und Väter.

Mehrere Parteien sagen bereits ja

Markus Schärer, ehemaliger Leiter des Gesundheitsamts Schaffhausen und GLP-Mitglied, wies darauf hin, dass man in der Schweiz viel für Seniorinnen und Senioren mache. Es fliesse ein riesiger Betrag von den Jungen zu den Alten. Eltern würden gleich für drei Generationen Krankenkassen zahlen: Für ihre Kinder, für sich und für die Grosseltern,

die sie mit ihren Prämien quersubventionieren. Ausserdem mache die Schweiz im europäischen Vergleich bislang wenig für die Kinder.

«Familien sind für den Kanton wichtig», sagt Luka Vojinovic, Präsident Die Mitte. Es handle sich um eine handfeste politische Massnahme, deshalb sage er ja. Kantonsrätin Linda De Ventura (SP, Schaffhausen) sprach von wirksamer Familienpolitik und Standortförderung. «Wir wären der einzige Kanton, in dem für Kinder keine Prämien bezahlt werden müssten.» De Ventura verwies insbesondere auf Familien, die bislang keinen Anspruch auf Prämienverbilligungen hatten, obwohl sie die Kosten stark belasten.

Dass die untersten Einkommen vergleichsweise wenig profitieren, stellte niemand der Anwesenden in Abrede. Die Zusatzkosten von jährlich 8,5 Millionen Franken wurden als finanzierbar erachtet. Die FDP, GLP und SP haben bereits die Ja-Parole gefasst; die Grünen haben Stimmfreigabe beschlossen. (rl)

FDP unterstützt Initiative des Gewerkschaftsbundes

SCHAFFHAUSEN. Mit der Volksinitiative der Gewerkschaften, über die am 25. September abgestimmt wird, sollen die Krankenkassenprämien aller Kinder komplett über die individuellen Prämienverbilligungen finanziert werden (siehe Text nebenan). Wie die FDP des Kantons Schaffhausen mitteilt, hat sie an ihrer Parteiversammlung die Unterstützung dieser Volksinitiative beschlossen.

Für die FDP spricht dafür, dass die finanziellen Leistungsträger der Gesellschaft entlastet würden. «Die gut und sehr gut verdienenden Eltern profitieren weder von reduzierten Tarifen bei der familienergänzenden Kinderbetreuung noch von sonstigen staatlichen Unterstützungen», heisst es. «Mit der Volksinitiative der Gewerkschaften werden diese Eltern jetzt zielgenau und ohne Streuverlust unterstützt und entlastet.»

Aus der Sicht der FDP begegnet die Initiative auch den Herausforderungen, die mit der demografischen Entwicklung im Kanton Schaffhausen verbunden sind. «Als Kanton mit der zweitältesten Bevöl-

kerung muss es unser Ziel sein, uns als familienfreundliche Lebens- und Wohnregion zu positionieren, auch für Eltern mit hohen Einkommen.» Die Volksinitiative leiste dazu einen Beitrag. «Zudem kreieren wir mit der Initiative im Standortwettbewerb mit den anderen Kantonen ein bemerkenswertes Alleinstellungsmerkmal, das Aufsehen erregen wird. Schaffhausen wird in aller Munde sein und zwar im positiven Sinne.»

Genutzt werden soll zudem die sehr gute finanzielle Lage des Kantons. Die Mehrausgaben für die Gemeinden sind für die FDP kein Problem: Der Kantonsrat habe den Regierungsrat schon verbindlich beauftragt, den Verteilschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden bezüglich Tragung der gesamten IPV-Ausgaben zugunsten der Gemeinden zu ändern.

An der Versammlung beschloss die kantonale FDP zudem, die beiden nationalen Vorlagen zur Reform der Altersvorsorge wie auch jene der Verrechnungssteuer anzunehmen. Die Massentierhaltungsinitiative wurde abgelehnt. (r.)